



N i e d e r s c h r i f t
über die 23. - öffentliche - Sitzung
der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das
ehrenamtliche Engagement verbessern“
am 30. Juni 2021
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:	Seite:
1. Beratung über die Zusammenfassung zum Thema „Diversität und demografischer Wandel“	3
2. Aussprache über die Diskussionsvorlage zum Themenbereich „Junge Menschen/Schülerinnen und Schüler; Nachwuchsgewinnung in den Vereinen und Kommunalparlamenten; Organisationsformen und Beteiligungsstrukturen“	5
3. Information der wissenschaftlichen Begleitung und Aussprache zu den Ergebnissen der „Online-Umfrage“	11
4. Terminangelegenheiten	13

Anwesend:**Mitglieder der Kommission:**

Mitglieder des Landtags:

1. Abg. Petra Tiemann (SPD), Vorsitzende
2. Abg. Wiebke Osigus (i. V. d. Abg. Rüdiger Kauroff) (SPD), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
3. Abg. Dunja Kreiser (SPD)
4. Abg. Kerstin Liebelt (SPD), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
5. Abg. Bernd Lynack (SPD), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
6. Abg. Hanna Naber (SPD), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
7. Abg. Rainer Fredermann (CDU)
8. Abg. Eike Holsten (CDU)
9. Abg. Dr. Marco Mohrmann (i. V. d. Abg. Veronika Koch) (CDU),
per Videokonferenztechnik zugeschaltet
10. Abg. Frank Oesterhelweg (CDU)
11. Abg. Jörn Schepelmann (CDU)
12. Abg. Volker Bajus (GRÜNE)
13. Abg. Thomas Brüninghoff (FDP), per Videokonferenztechnik zugeschaltet

Externe Sachverständige:

1. Dr. Florian Hartleb
2. Falk Hensel, per Videokonferenztechnik zugeschaltet
3. Thomas Krueger (i. V. v. Frau Insa Lienemann), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
4. André Kwiatkowski, per Videokonferenztechnik zugeschaltet
5. Jens Risse, per Videokonferenztechnik zugeschaltet
6. Karl Gerhard Tamke (i. V. v. Frau Dagmar Hohls), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
7. Prof. Dr. Joachim Winkler, per Videokonferenztechnik zugeschaltet

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Biela,
Herr Deyke (wissenschaftliche Begleitung),
Herr Dr. Micus (wissenschaftliche Begleitung).

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer (TOP 1),
Regierungsdirektor Weemeyer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 13.02 Uhr bis 14.20 Uhr

Tagesordnungspunkt 1:

Beratung über die Zusammenfassung zum Thema „Diversität und demografischer Wandel“

Die **Kommission** beriet über die von der wissenschaftlichen Begleitung vorgelegte Zusammenfassung zum Thema „Diversität und demografischer Wandel“ (1. Nachtrag zur Vorlage 71 zu Drs. 6898). Sie ging dabei zeilenweise vor. Eine Aussprache ergab sich zu den folgenden Passagen:

Zeilen 14 bis 22

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) wies darauf hin, dass es in den Zeilen 17 bis 19 um das Ehrenamt junger Menschen sowie den Freiwilligensurvey gehe. Seines Erachtens, so der Abgeordnete, hätten sich die Ausführungen in der Stellungnahme des Landkreises Leer zum Freiwilligensurvey nicht allein auf das Ehrenamt junger Menschen bezogen, sondern grundsätzlich auf das Thema einer lokalen Bestandsanalyse abgestellt.

Zeilen 23 bis 29

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU) schlug vor, den Text

„Ursächlich für diese Tatsache ist nicht selten ein fehlendes interkulturelles Verständnis. Deshalb richtet die Kommission einen Appell an die Organisationen des Ehrenamts, attraktive Möglichkeiten des interkulturellen Engagements zu schaffen, bei denen gezielt Hemmnisse in diesem Bereich abgebaut werden. Solche Gelegenheiten zu interkultureller Beteiligung sind wichtig, um Migrantinnen und Migranten Chancen zu einem ehrenamtlichen Engagement zu eröffnen, ganz gleich, ob sie als Geflüchtete, als Ehepartner oder als Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer nach Deutschland kommen.“

zu streichen.

Er erläuterte, dass es bei dem Abschlussbericht der Enquetekommission um die Förderung des Ehrenamtes als solches, nicht aber um die Beschreibung irgendwelcher Zustände, bezogen auf einzelne Gruppen, gehe.

Zudem könne die zitierte Passage auch zu Irritationen und Missverständnissen führen.

Vieles von dem, was eigentlich in den Zeilen 24 bis 29 ausgeführt werden sollte, komme ohnehin in den Zeilen 30 ff. zum Ausdruck.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) merkte an, dass auch er die von dem Vertreter der CDU-Fraktion zitierte Formulierung insofern nicht als sonderlich glücklich empfinde, als dort lediglich eine einzige von mehreren möglichen Ursachen für die mangelnde Unterrepräsentanz von Migrantinnen und Migranten im Ehrenamt genannt werde.

Soweit er dies richtig verstanden habe, sei eigentlich beabsichtigt gewesen, in dem jetzigen Stadium der Beratungen zum Abschlussbericht nicht schon über konkrete Formulierungen, sondern sozusagen über die Richtung zu diskutieren.

Ein Hinweis darauf, dass Migrantinnen und Migranten bislang im Ehrenamt unterrepräsentiert seien, dass hier ein großes Potenzial liege und die Kommission es als gemeinsame Aufgabe ansehe, die Repräsentanz von Migrantinnen und Migranten zu verbessern, sei möglich, und dies komme in den Zeilen 30 ff. durchaus zum Ausdruck.

Im Übrigen könne seines Erachtens in diesem Zusammenhang nicht ausschließlich an die Organisationen des Ehrenamtes appelliert werden, sondern das Land müsse sich hier sozusagen auch an die eigene Nase fassen.

Stichworte wie „Begegnung“ und „interkulturelle Beteiligung“ könnten durchaus in den Abschlussbericht aufgenommen werden. Die in den Zeilen 24 bis 29 gewählten Formulierungen halte er aber nicht für sonderlich gelungen.

Abg. **Dunja Kreiser** (SPD) schloss sich der Anregung an, den von dem Vertreter der CDU-Fraktion zitierten Text zu streichen.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) entgegnete auf die Ausführungen des Vertreters der Fraktion der Grünen, sie habe Zweifel, ob es bei Stichworten wie „interkulturelle Beteiligung“ oder „interkulturelles Engagement“ tatsächlich um Aspekte gehe, die auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zielten, oder ob es sich dabei nicht vielmehr um einen Effekt handele, der durch ehrenamtliches Engagement erzeugt werde.

Von daher sollten diese Stichworte als Beispiel für die positiven Effekte im Sinne von Diversität etwa

in einem einleitenden Teil zu diesem Kapitel des Abschlussberichts genannt werden.

Widerspruch erhob sich nicht.

Zeilen 30 bis 36

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) machte darauf aufmerksam, dass in der Zeile 32 in einem Satz, also in unmittelbarem Zusammenhang, Zugewanderte und Menschen mit Beeinträchtigungen genannt würden. Gegen solche Formulierungen habe sich das Kommissionsmitglied Frau Dagmar Hohls in der Vergangenheit regelmäßig gewandt. Von daher bitte er darum, die Formulierung in der Zeile 32 zu überarbeiten.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) regte an, eine von Frau Dagmar Hohls bereits vorgeschlagene Definition für den einleitenden Teil zu diesem Kapitel zu übernehmen.

Herr **Dr. Florian Hartleb** regte im Interesse einer besseren Verständlichkeit an, statt der Worte „Zurückdrängung von Ressentiments“ auf „Abbau von Vorurteilen“ abzustellen.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) warf ein, gegebenenfalls sollte das Wort „Diversität“, das sicherlich vielen Menschen - ebenso wie das Wort Ressentiments - nicht geläufig sei, erklärt werden.

Bereits zu Beginn der Beratungen zum Abschlussbericht habe sie darauf hingewiesen, dass ihr sehr daran liege, dass der Abschlussbericht so formuliert werde, dass er von möglichst vielen Menschen verstanden werden.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD) regte vor dem Hintergrund, dass das Zeitfenster bis zur Vorlage des Abschlussberichts verlängert worden sei, an, die dadurch gewonnene Zeit zu nutzen, um den Versuch zu unternehmen, einen kürzeren Bericht in leichter Sprache herauszugeben.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) sprach sich dafür aus, diese Anregung zum Ende der Beratungen des Abschlussberichts noch einmal aufzugreifen.

Zeilen 37 bis 40

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) schlug vor, in Zeile 39 das Wort „eigensinnigen“ durch „uneigennützig“ zu ersetzen. - Widerspruch erhob sich nicht.

Zeilen 41 bis 46

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) merkte an, Bedenken gegen den Inhalt dieser Passage habe er nicht. „Gestolpert“ sei er allerdings über die Worte „sofern nicht-fundamentalistisch“ in Zeile 44. Sicherlich bestehe Einigkeit darin, dass mit den in dieser Passage genannten neuen Initiativen zur Jugend-Selbstorganisation nicht etwa „Jugendkader des IS“ gemeint seien.

Aber wenn an dieser Stelle „nicht-fundamentalistisch“ herausgehoben werde, an anderer Stelle jedoch nicht, würden sozusagen eigene Vorurteile wiedergegeben. Von daher sollte auf das, was hier gemeint sei, nicht an dieser Stelle abgehoben werden, sondern darauf sollte in einer Art Präambel grundsätzlich eingegangen werden. Der Abgeordnete gab zu bedenken, dass die Kommission im Zusammenhang mit dem Teil des Berichtsentwurfs, der sich mit den politischen Jugendorganisationen befasse, ähnlich verfahren sei.

Herr **Thomas Krueger** unterstützte dies.

Tagesordnungspunkt 2:

Aussprache über die Diskussionsvorlage zum Themenbereich „Junge Menschen/Schülerinnen und Schüler; Nachwuchsgewinnung in den Vereinen und Kommunalparlamenten; Organisationsformen und Beteiligungsstrukturen“

Die **Kommission** erörterte auf der Basis einer von der wissenschaftlichen Begleitung erarbeiteten Diskussionsvorlage - Vorlage 77 zu Drs. 6898 - die Relevanz der darin aufgelisteten Forderungen und Anregungen für ihre weitere Arbeit und den Abschlussbericht.

Sofern sich aus dieser Niederschrift nichts anderes ergibt, stellte sie die Relevanz der einzelnen Ziffern für die weitere Arbeit bzw. für den Abschlussbericht fest.

14.4 - Bürgerschaftliches Engagement von Schülern/Studierenden/Azubis unterstützen und anerkennen, „Credit Points“ mit Eintrag auf Abschlusszeugnissen einführen

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) und Abg. **Dunja Kreiser** (SPD) lehnten die Forderung nach Einführung von „Credit Points“ ab und empfahlen, sich auf die Möglichkeit der Eintragung bürgerschaftlichen Engagements in Abschlusszeugnisse zu fokussieren.

Herr **André Kwiatkowski** wies darauf hin, dass es schon jetzt möglich sei, ehrenamtliches Engagement in Schulzeugnissen aufzuführen.

Abg. **Dunja Kreiser** (SPD) erklärte, dies sei ihr bekannt. Jedoch verdiene diese Möglichkeit mehr Aufmerksamkeit. Dies spreche dafür, diesen Punkt aufzugreifen.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) sagte, ihres Wissens werde die Möglichkeit der Erwähnung ehrenamtlichen Engagements in Schulzeugnissen vor allem im Bereich des Vereinssports genutzt. Andere Ehrenämter von Jugendlichen fänden in der Schule kaum Berücksichtigung.

Herr **André Kwiatkowski** stimmte den Darlegungen der Vorsitzenden und der Abg. Kreiser zu.

Die **Kommission** sprach sich dafür aus, bürgerschaftliches Engagement junger Menschen in ihren Zeugnissen aufzuführen.

Herr **Deycke** (LTVerv) merkte an, in einigen Studiengängen bestehe die Möglichkeit, ehrenamtliches Engagement in Form von „Credit Points“ anzurechnen, und zwar im Bereich der sogenannten Schlüsselqualifikationen. Meist forderten die Hochschulen hierzu eine Teilnahme an einem Nachbereitungsseminar und die Vorlage eines kurzen schriftlichen Berichts.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) sprach sich dafür aus, Informationen dazu einzuholen, inwiefern ehrenamtliches Engagement in Bildungsgängen angerechnet werde. Dann könne die Kommission auf gesicherter Grundlage darüber reden, inwiefern eine Ausweitung dieser Möglichkeit zu empfehlen sei.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) befürwortete den Vorschlag des Abg. Bajus, sich beim Ministerium für Wissenschaft und Kultur zu erkundigen, inwiefern bereits die Möglichkeit bestehe, bürgerschaftliches Engagement in Kombination mit einem Seminar an der Hochschule als Studienleistung anzuerkennen. Bis dahin könne die Entscheidung über den Punkt 14.4 aufgeschoben werden. Eine ehrenamtliche Betätigung ohne Bezug zum Studium könne aber sonstige Studienleistungen nicht ersetzen.

Die **Kommission** bat das Ministerium für Wissenschaft und Kultur um Auskunft¹ und stellte sein Votum zu diesem Punkt zurück.

14.5 - Stärkere Förderung von Projekten, wie z. B. Junior Coaches in den Schulen

Auf Vorschlag des Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) bat die **Kommission** das Kultusministerium mündliche Stellungnahme zu dieser Forderung. Das Ministerium soll gebeten werden, vorab eine schriftliche Äußerung² einzureichen.

14.6 - Workshops an allgemein- und berufsbildenden Schulen im Pflichtunterricht

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) äußerte sich kritisch zu der Forderung, den Pflichtunterricht um Workshops zu erweitern. Denn je mehr Pflichtunterricht es gebe, desto weniger Zeit bleibe den Jugendlichen für ehrenamtliches Engagement in ihrer Freizeit.

¹ S. 1. Nachtrag zur Vorlage 77

² S. 1. Nachtrag zur Vorlage 77

Vielmehr müsse in Schulen - ebenso wie in Unternehmen - eine Kultur ehrenamtlichen Engagements vermittelt und gelebt werden, forderte der Abgeordnete. Vor allem in Ganztagschulen müsse Raum für das Ehrenamt sein. Er regte an, hierzu das Gespräch mit dem Kultusministerium zu suchen.

Auch zu dieser Forderung bat die **Kommission** auf Vorschlag des Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) das Kultusministerium um mündliche Stellungnahme. Das Ministerium soll ebenfalls gebeten werden, sich vorab schriftlich³ zu äußern.

14. 8 - *Klare Aufgabenbeschreibung: Interessierte sind eher bereit, sich für eine konkrete Aufgabe oder Sache zu engagieren, die möglicherweise zudem zeitlich begrenzt ist und deren Inhalte und Ziele ihnen bekannt sind. Daher sind Rahmenbedingungen wie zeitlicher Umfang, Einsatzort und Inhalte durch die Institution klar gefasst und schriftlich fixiert.*
14. 9 - *Sondierungsgespräch vor Aufnahme des Engagements: Um die Interessen beider Seiten - Interessierte und Träger des freiwilligen Engagements - im Vorfeld abzugleichen, findet ein Sondierungsgespräch statt. In diesem Rahmen werden die Aufgaben sowie die Rahmenbedingungen den Interessierten vorgestellt. Außerdem wird die Motivation der interessierten Person erfragt, aus der heraus sie sich engagieren möchte.*
- 14.10 - *Freiwillige wollen sich mit ihren Fragen und Anregungen ernst genommen fühlen. Hierzu ist es wichtig, eine feste Ansprechperson zu haben, die die Freiwilligen begleitet. Die Ansprechperson steht für regelmäßige Gespräche zur Verfügung und übernimmt die Einführung und Begleitung während des Engagements.*
- 14.11 - *Offizielle Einführung: Eine offizielle Einführung in das Team verdeutlicht die Anerkennung der Bereitschaft, sich zu engagieren. Durch die offizielle Einführung in das Team wird die betreffende Person vorgestellt und die Unterstützung durch*

bereits erfahrene Freiwillige und Mitarbeiter(innen) erbeten

Abg. **Dunja Kreiser** (SPD) sagte, sie sehe diese Vorschläge zum Umgang mit Ehrenamtlichen nicht als Rahmenbedingungen für das Engagement an. Vor diesem Hintergrund sprach sie sich dagegen aus, die Anregungen in diesem Rahmen aufzugreifen.

Die **Kommission** sprach einvernehmlich sich für eine Streichung dieser Punkte aus.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) stellte fest, es handele sich im Wesentlichen um Selbstverständlichkeiten. Anregungen dieser Art könnten allenfalls in einem allgemeinen einleitenden Abschnitt zum Umgang mit Ehrenamtlichen erwähnt werden, da diese Vorschläge nicht nur junge Menschen im Ehrenamt betreffen.

14.12 - *Bescheinigung des Engagements: Freiwillige erwerben durch ihr freiwilliges Engagement Wissen und Kompetenzen, die vielfach den eigenen Lebenslauf sowohl beruflich ergänzen als auch die Persönlichkeit prägen. Freiwilligen wird daher jederzeit eine Bescheinigung oder sogar ein (Arbeits-)Zeugnis über ihr Engagement ausgestellt. Dieses wird den Freiwilligen konkret zur Beginn des Engagements angeboten und auf Nachfrage verfasst.*

Abg. **Dunja Kreiser** (SPD) erinnerte an die Besprechung zu Nr. 14.4. Sie vertrat die Auffassung, Freiwillige könnten erwarten, dass ihnen ihr Engagement auf Wunsch bescheinigt werde. Ein Anspruch auf ein Schriftstück nach Art eines Arbeitszeugnisses passe hingegen nicht zum Charakter eines Ehrenamtes. Wer eine Beurteilung wünsche, könne dies mit seiner Ansprechperson vereinbaren.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) gab zu bedenken, dass die Organisation, bei der eine Person ehrenamtlich tätig sei, sich dann Gedanken darüber machen müsse, wer Bescheinigungen ehrenamtlichen Engagements ausstellen solle und wie diese gestaltet werden sollten. Grundsätzlich sei die Idee, dass eine Bestätigung des Engagements möglich sein müsse, aber richtig.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) hielt es für schwierig, ehrenamtlich tätige Vereinsvorstände mit der Ausstellung von Arbeitszeugnissen für Ehrenamtliche zu belasten.

³ S. 1. Nachtrag zur Vorlage 77

Die **Kommission** sprach sich dafür aus, freiwilliges Engagement auf Nachfrage zu bescheinigen.

14.13 - Möglichkeit zum Reflexionsgespräch mit der festen Ansprechperson, die der Träger bietet. Gespräch bietet auch Gelegenheit zur Selbstreflexion: Hat sich die Motivation, aus der heraus ich mich engagiere, geändert? Ist der Rahmen des Engagements nach wie vor richtig gesteckt?

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) meinte, in bestimmten Bereichen ehrenamtlicher Arbeit sei die Möglichkeit der Reflexion tatsächlich erforderlich. Dies sei jedoch eher eine Selbstverständlichkeit.

Die **Kommission** sprach sich einvernehmlich für eine Streichung dieses Punktes aus.

14.14 - Partizipationsmöglichkeiten: Freiwillig Engagierte wollen sich mit ihren eigenen Wünschen, Ideen und Fähigkeiten einbringen und ernst genommen werden. Die Zusammenarbeit findet in jedem Fall auf Augenhöhe statt (z. B. Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen als Jugendleiter[in]; eigenverantwortliche Leitung von Tagungen und Seminaren; Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen bei Veranstaltungen).

Die **Kommission** sprach sich einvernehmlich für eine Streichung dieses Punktes aus.

14.15 - Nachwuchsjugendliche haben viel Stress mit Hausaufgaben und Schule, weniger Zeit für Jugendverbandsarbeit. Lösungsvorschlag: Anerkennung von Jugendverbandsarbeit als pädagogische Arbeit und damit Entlastung in der Unterrichtszeit oder Leistungspunkte fürs Abi (vgl. Leistungssport)

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) stimmte der Problembeschreibung zu, lehnte jedoch den Lösungsvorschlag ab. Sportliche Leistungen außerhalb der Schule könnten leicht nachgewiesen werden, sodass auf eine Wiederholung dieser Leistungen in der Schule verzichtet werden könnten. Pädagogische Leistungen seien aber weniger greifbar, weshalb die Forderung nicht umsetzbar sei.

Abg. **Dunja Kreiser** (SPD) setzte hinzu, Schüler hätten in der Schule keine pädagogischen Leistungen zu absolvieren, weshalb außerschulische

Leistungen dieser Art keine von der Schule geforderten Leistungen ersetzen könnten.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) äußerte Verständnis für diese Bedenken, zumal schwierig festzulegen wäre, für welche ehrenamtlichen Tätigkeiten in welchem Umfang schulische Entlastungen gewährt werden könnten.

Das Anliegen, Schüler zu entlasten und ihnen dadurch wieder mehr Zeit für ehrenamtliches Engagement zu geben, sei aber durchaus berechtigt, meinte der Abgeordnete. Er empfahl, sich diesen Punkt für ein Gespräch mit Vertretern des Kultusministeriums vorzumerken.

Auch Herr **Thomas Krueger** bezeichnete einen solchen Eingriff in die pädagogische Arbeit der Lehrkräfte als problematisch und lehnte eine solche Vorgabe ab.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) fügte hinzu, es gebe auch keinen Grund, die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit von Jugendlichen auf die Arbeit in Jugendverbänden zu beschränken und nicht z. B. auch ehrenamtliche Tätigkeiten in Sportvereinen zu berücksichtigen.

Das Kultusministerium könne jedoch gerne schriftlich Vorschläge zu diesem Problemkreis machen.

Die **Kommission** sprach sich einvernehmlich für eine Streichung dieses Punktes aus.

14.16 - Herausforderung Zeitmanagement: z. B. findet der Jugendhilfeausschuss der LHH einmal im Monat zwischen 15 und 17 Uhr statt

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) meinte, diese Forderung könne als erledigt angesehen werden. Mitglieder des Jugendhilfeausschusses hätten bereits einen Freistellungsanspruch.

Die **Kommission** sprach sich einvernehmlich für eine Streichung dieses Punktes aus.

14.17 - Jugendzukunftsräte, deren Struktur und Kompetenzen durch die Jugendlichen selbst geschaffen und bestimmt werden

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) erinnerte daran, dass die Kinder- und Jugendpartizipation in vielen Stellungnahmen eine große Rolle gespielt habe, u. a. in der Stellungnahme der Landeszentrale für politische Bildung. Einflussmöglichkeiten kennen-

zulernen und zu erproben, stärke die Identifikation mit dem Gemeinwesen und lege damit die Grundlage für vielfältiges bürgerschaftliches Engagement. Von daher sprach er sich dafür aus, den Gedanken der Kinder- und Jugendpartizipation aufzugreifen und Vorschläge hierzu zu benennen.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) entgegnete, es sei richtig, Jugendliche zu selbst organisierten Aktivitäten zu ermuntern. Sie könnten sich auch im Fördermittel bemühen. Die Forderung nach Jugendzukunftsräten mache sich die CDU-Fraktion aber nicht zu eigen.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD) machte darauf aufmerksam, dass die Kommission sich im Zusammenhang mit dem Zwischenbericht mit dieser Frage beschäftigt habe. Die Kommunen täten gut daran, Jugendforen einzurichten, an denen Jugendorganisationen sich beteiligen könnten.

Abg. **Dunja Kreiser** (SPD) fügte hinzu, vielerorts gebe es bereits Jugendparlamente. Diese trügen dazu bei, junge Menschen zu aktivieren und ihre Mitarbeit zu fördern. Dies könne im Bericht erwähnt werden.

Abg. **Frank Oesterhelweg** (CDU) sagte, es sei den Gemeinden anzuraten, Jugendzukunftsräte mit auf den Weg zu bringen und zu begleiten. Jugendliche könnten solche Räte auch in eigener Verantwortung organisieren, um sich Ideen zu entwickeln. Schon aus rechtlichen Gründen könnten solche Gremien sich aber nicht selber Kompetenzen schaffen. Die Zuständigkeit hierfür liege beim Gesetzgeber.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) fasste zusammen, in dem Artikel zur ehrenamtlichen Betätigung von Kindern und Jugendlichen sollten auf jeden Fall die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten erwähnt werden, die in § 36 des Kommunalverfassungsgesetzes auch eine rechtliche Grundlage hätten. Außer Frage stehe jedoch, dass Jugendzukunftsräte sich nicht selbst rechtliche Kompetenzen schaffen könnten.

Die **Kommission** stimmte dieser Zusammenfassung zu.

14.18 - mehr Mitbestimmung an Bildungsinstitutionen, die über Empfehlungen hinausgehen

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) sprach sich für eine Streichung dieses Punktes aus, zumal er

außerhalb des Aufgabenbereiches dieser Kommission liege.

Die **Kommission** sprach sich einvernehmlich für eine Streichung dieses Punktes aus.

14.19 - bessere Vernetzung von Schule und Ehrenamt; dazu gehört auch, Themen der Jugend ernst zu nehmen: Umwelt- und Klimaschutz, Jugendbeteiligung, Digitalisierung, soziale Gerechtigkeit

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) sprach sich dafür aus, die Forderung nach besserer Vernetzung von Schule und Ehrenamt zu übernehmen, das Weitere jedoch zu streichen.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) schloss sich diesem Vorschlag an und wies darauf hin, dass der zur Streichung vorgeschlagene Teil der Forderung nicht das Ehrenamt betreffe.

Die **Kommission** stimmte dem Vorschlag des Abg. Schepelmann einvernehmlich zu.

Herr **Prof. Dr. Joachim Winkler** griff das Stichwort „Digitalisierung“ auf und wies darauf hin, dass die Sachverständigenkommission auf Bundesebene als Thema ihres Dritten Engagementberichts (Bundestagsdrucksache 19/19320) „Junges Engagement im digitalen Zeitalter“ gewählt habe. Er empfahl, diesen Bericht auszuwerten und Punkte aufzugreifen, die von landespolitischem Interesse seien.

Herr **Dr. Micus** (LTVerv) erklärte, der Bericht sei der wissenschaftlichen Begleitung bereits bekannt. Sie schlage vor, die aus Sicht der Kommission interessanten Punkte in das Kapitel zur Digitalisierung einzuordnen, das nicht nur das Engagement junger Leute betreffe.

Abg. **Dunja Kreiser** (SPD) begrüßte diesen Vorschlag.

14.20 - Juleica mit der Ehrenamtskarte gleichstellen

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) sagte, natürlich könne man die beiden Karten nicht gleichstellen; denn um eine Juleica zu erhalten, müsse man eine Fortbildung durchlaufen, was bei der Ehrenamtskarte nicht der Fall sei.

Der hinter der Forderung stehende Gedanke einer Annäherung der beiden Systeme sei jedoch sinnvoll, meinte der Abgeordnete. Er schlug vor,

ihn im Rahmen der geplanten Besprechung zum Thema Ehrenamtskarte aufzugreifen.

Abg. **Dunja Kreiser** (SPD) schloss sich dieser Ansicht an und empfahl, aktive Jugendleiter zu ermuntern, die Ehrenamtskarte zu beantragen.

Herr **Thomas Krueger** erinnerte an die Aussprache über die Punkte 10.4 und 10.6 der Diskussionsvorlage zum Thema „Anerkennung“ in der 22. Sitzung am 23. Juni 2021. Bei dieser Gelegenheit habe man bereits überlegt, wie die Juleica attraktiver gemacht werden könne.

Die **Kommission** bat zu diesem Punkt die Landesregierung um Stellungnahme.

14.21 - Einführung eines kostengünstigen Jugendtickets in ganz Niedersachsen für Jugendliche, die ich Freiwilligenjahr (BFD, FSJ, FÖJ oder FEJ) leisten, sowie für Juleica-Inhaber(innen)

Herr **Thomas Krueger** sagte, diese Forderung werde seit Langem auch von der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung, vom Niedersächsischen Heimatbund und vom Arbeitskreis niedersächsischer Kulturverbände erhoben. In der Weißen Mappe 2020 habe sich die Landesregierung wohlwollend hierzu geäußert, aber auf die komplizierte Tarifstruktur in Niedersachsen verwiesen. Herr Krueger meinte, auch in Niedersachsen müsse es möglich sein, eine gute Lösung zu finden, wie es sie in Hessen bereits gebe. Angesichts der großen Leistungen der Freiwilligendienstler und des geringen Taschengeldes, das sie erhielten, sei ein kostengünstiges Ticket wirklich angebracht.

Die **Kommission** übernahm diese Forderung.

14.22 - Fortzahlung der Vergütung für Jugendleiter(innen), die Arbeitsbefreiung zu Zwecken der Jugendarbeit und des Jugendsports erhalten, sowie Möglichkeit der Erstattung der Bruttokosten für die ausgefallene Arbeitsleistung für Arbeitgeber(innen) auf Antrag durch das Land Niedersachsen

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) schlug vor, diesen Punkt mit Unternehmerverbänden und IHK Niedersachsen zu besprechen. Eine komplette Erstattung des fortgezählten Entgelts durch das Land werde allerdings schwerlich möglich sein, sagte der Abgeordnete.

Die **Kommission** stimmte dem Vorschlag des Abg. Schepelmann zu.

14.23 - Erstellung eines „Masterplans Jugend“, verbunden mit einem Jugend-Engagement-Wettbewerb zur kontinuierlichen Nachwuchsförderung

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) erklärte, seine Fraktion halte es nicht für erforderlich, einen „Masterplan Jugend“ zu erkennen. Besser sei es, an konkreten Punkten zu arbeiten. Auch der Nutzen eines weiteren Wettbewerbs sei nicht ersichtlich.

Die **Kommission** sprach sich einvernehmlich für eine Streichung dieses Punktes aus.

14.24 - Damit auch kleinere Strukturen durch Hauptamtliche unterstützt werden können, braucht es eigene Strukturen für die Jugendarbeit. Eine Möglichkeit wäre die Einrichtung von Büros mit Hauptamtlichen, die niedrigschwellige Unterstützung für mehrere kleine Jugendgruppen in der Stadt anbieten, angesiedelt z. B. in den Strukturen der örtlichen Kreis- oder Stadtjugendringe

Abg. **Dunja Kreiser** (SPD) begrüßte diese Forderung.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) bezeichnete die Forderung nach mehr Stellen und mehr Geld als nachvollziehbar. Er sprach sich dafür aus, die Forderung in eine weiter gefasste Besprechung zu der Frage einzubeziehen, wie viel hauptamtliche Unterstützung für ehrenamtliches Engagement erforderlich ist.

Im Übrigen stehe es den Landkreisen und Städten bereits jetzt frei, in der Verwaltung hauptamtlich besetzte Stellen zu schaffen, die Jugendverbände und -gruppen in dem genannten Sinne unterstützen.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) unterstützte diese Überlegungen.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) bezeichnete ein niedrigschwelliges Unterstützungsangebot als sinnvoll.

Die **Kommission** folgte dem Vorschlag des Abg. Schepelmann, diesen Punkt in eine weiter gefasste Besprechung einzubeziehen.

14.25 - *eine größere rechtliche Sicherheit (z. B. in Haftungsfragen) oder Rahmenverträge, in denen die Besonderheiten von Ehrenamt in der Jugendarbeit berücksichtigt werden, z. B. kostengünstigere Kfz-Versicherungstarife für Vereinsfahrzeuge, die auch von unter 25-Jährigen gefahren werden*

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) bezeichnete den Punkt und interessant und regte an, zu diesem Punkt ein Gespräch mit der Versicherungsbranche zu führen. Möglicherweise könne man die Versicherungswirtschaft ermuntern, ehrenamtsfreundliche Tarife aufzulegen.

Abg. **Dunja Kreiser** (SPD) befürwortete diesen Vorschlag. Sie gab die Möglichkeit zu bedenken, Vergünstigungen für Inhaber der Ehrenamtskarte zu schaffen, und sprach sich dafür aus, auch die Landesregierung in das angedachte Gespräch einzubeziehen.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) sagte, nach seinem Verständnis sei die Forderung nicht auf Vergünstigungen für Ehrenamtliche gerichtet, sondern auf Erleichterungen für die Vereine. Dass Kfz-Versicherungen wesentlich teurer seien, wenn die Fahrzeuge auch von jungen Leuten gesteuert würden, sei für manche Vereine ein echtes Problem. Die Forderung ziele aber nicht nur Kfz-Versicherungen ab. Auch in Bezug auf andere Versicherungszweigen sei zu überlegen, wie die Angebote der Versicherungen besser auf das ehrenamtliche Engagement insbesondere junger Menschen abgestimmt werden könnten.

Die **Kommission** merkte sich diesen Punkt für ein Gespräch mit der Versicherungswirtschaft vor. Die Versicherungswirtschaft soll hierzu vorab um schriftliche Stellungnahme gebeten werden.

Best-Practice-Projekte

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) schlug vor, auf eine Aufzählung von Best-Practice-Projekten zu verzichten, zumal diese nur unvollständig bleiben könne.

Die **Kommission** stimmte dem Vorschlag zu.

Tagesordnungspunkt 3:

Information der wissenschaftlichen Begleitung und Aussprache zu den Ergebnissen der „Online-Umfrage“

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) teilte mit, der wissenschaftlichen Begleitung sei es gelungen, sich einen ersten Überblick über die Angaben im Freitextfeld der Online-Umfrage zu machen.

Herr **Dr. Micus** (LTVerv) erklärte, zunächst werde er einer Bitte aus der letzten Sitzung folgen und Ergebnisse vorstellen, die nach Geschlechtern und Altersgruppen - einerseits jünger als 30 Jahre, andererseits 30 Jahre und älter - differenziert worden seien.

Bei den großen Trends gebe es sehr viel Übereinstimmung.

An drei Punkten gebe es aber deutliche **Unterschiede zwischen den Jüngeren und den Älteren**:

Erstens spielten familiäre Pflichten bei den Gründen dafür, auf ein ehrenamtliches Engagement zu verzichten, in der älteren Arbeitsgruppe eine wesentlich größere Rolle als in der jüngeren. Umgekehrt spiele der Grund, die vor Ort bestehenden Möglichkeiten nicht zu kennen, bei jüngeren Menschen eine größere Rolle als bei älteren. Wenn man jüngere Menschen für ein ehrenamtliches Engagement gewinnen wolle, müsse man also offensichtlich zusätzliche Informationsmöglichkeiten schaffen; die Vereine müssten insoweit ihre Öffentlichkeitsarbeit verbessern.

Zweitens investierten die jüngeren Leute im Durchschnitt deutlich weniger Zeit ins Ehrenamt als die älteren.

Drittens sähen die jüngeren Leute häufiger einen Mangel an Räumlichkeiten und Ausstattungsmitteln; auch sähen sie häufiger die Notwendigkeit höherer Aufwandsentschädigungen. Bei den Älteren werde häufiger der Wunsch geäußert, die Betreuung der ehrenamtlich Engagierten zu verbessern.

Auffällige **Unterschiede zwischen Männern und Frauen** hätten in sich in zwei Punkten gezeigt:

Erstens gäben bei der Frage nach den Gründen dafür, sich nicht ehrenamtlich zu engagieren, Männer häufiger an, keine langfristigen Verpflichtungen eingehen zu wollen.

Zweitens gäben nur etwa 2 % der Frauen an, sich in politischen Parteien und Wählervereinigungen sowie in der Kommunalpolitik engagieren zu wollen. Bei den Männern seien es deutlich mehr. Möglicherweise werde dieser Bereich als so männlich geprägt wahrgenommen, dass Frauen sich als nicht willkommen empfänden oder befürchteten, mit ihren Anliegen nicht durchzudringen.

Bei den **Antworten auf die offene Fragestellung** gebe es fünf auffällige Punkte:

Erstens werde sehr häufig ein Bürokratieabbau gefordert. Die Bürokratie erschwere die ehrenamtliche Arbeit und überfordere viele Ehrenamtliche. Man wünsche sich mehr Unterstützung durch Behörden und Politik. Offenbar hätten die ehrenamtlich Engagierten vielfach den Eindruck, dass die öffentlichen Stellen ihnen eher Steine in den Weg legten, als dass sie ihnen hülften.

Zweitens wünsche man sich eine bessere Verzahnung zwischen Ehrenamt und Hauptamt. Hierin könne ein Ansatzpunkt dafür liegen, die gefühlte Überforderung der Ehrenamtlichen - sowohl auf bürokratischer als auch auf sachlich-inhaltlicher Ebene - abzubauen. Einerseits werde ein Fehlen von Hauptamtlichen beklagt; andererseits komme es vor, dass Ehrenamtliche sich von den Hauptamtlichen nicht ernst genommen fühlten.

Drittens falle auf, dass immer wieder gefordert werde, erfolgreiche Strukturen zu stärken und zu fördern und sie verlässlich zu finanzieren. Es sei für Ehrenamtliche leichter, in bestehenden Strukturen zu arbeiten, als neue zu gründen.

Viertens werde immer wieder die Ehrenamtskarte thematisiert. Es werde beklagt, dass viele nicht einmal wüssten, dass es die Ehrenamtskarte gebe. Ohne Organisation im Rücken sei es auch schwer, sie zu beantragen.

Fünftens werde häufig die Ungleichbehandlung verschiedener Ehrenamtsbereiche bemängelt. Während etwa freiwillige Feuerwehren und Sportvereine ausreichend finanziert würden, sähen sich insbesondere Ehrenamtliche in den Bereichen Kultur sowie Flüchtlings- und Integrationsarbeit benachteiligt.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) bat die wissenschaftliche Begleitung, die Kommission über den Fortgang der Auswertung der Umfrage auf dem Laufenden zu halten.

Sie erinnerte die Kommissionsmitglieder daran, dass heute die Frist für die Anmeldung weiterer Auswertungswünsche an die wissenschaftliche Begleitung auslaufe.

Tagesordnungspunkt 4:

Terminangelegenheiten

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) bat die Kommissionsmitglieder, etwaige weitere Themenvorschläge für den geplanten Austausch mit Unternehmerverbänden und IHK kurzfristig der Landtagsverwaltung zu übermitteln. Die Einladung an die Organisationen solle noch in dieser Woche abgesandt werden, teilte sie mit.

*

Auf Vorschlag der Vorsitzenden kam die **Kommission** überein, wegen mehrerer Terminkollisionen die Sitzungstermine am 10. sowie am 24. September 2021 zu streichen.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) kündigte an, bis zur nächsten Sitzung werde die Landtagsverwaltung eine Aufstellung über die geplanten Sitzungstermine für die Zeit bis zum 31. März 2022 übersenden.
